

Einzelpreis 80 Mark.

In Loba ohne Zustellung monatlich 1700 Mark, mit Zustellung ins Haus wöchentlich 500 Mark, und monatlich 2000 Mark, durch die Post bezogen monatlich in Polen 2000 Mark, Ausland 2600 Mark.

Anzeigenpreise:  
Die 7-gespaltene Nonpareilzeile 180 Mark.  
Wellenlinien die 4-gespaltene Nonpareilzeile: 600 Mark, Eingefasst im lokalen Teil 760 Mark, für die Kopfzeile; für das Ausland 50%, Zuschlag; für die erste Seite werden keine Anzeigen angenommen. — Inserate werden nur nach vorheriger Vereinbarung gedruckt. Unverlangt eingekaufte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Lodzier

# Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Erscheint mit Ausnahme der nach Sonntagen folgenden Tage: täglich früh.

Schriftleitung und Geschäftsstelle  
Betrifaner Straße 86, Tel. 6-86.

Bei Betriebsstörungen durch höhere Gewalt Arbeitniederlegung oder Ausperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.  
Eigene Vertretungen in:  
Alexandria, Bagdad, Beirut, Kairo, Konstantinopel, Linn, Pabianice, Posen, Siedlce, Tomaszów, Warschau, Wloclawek, Znamosla, Zielona Gora, etc.

Nr. 228

Donnerstag, den 28. September 1922

5. Jahrgang.

## Innere Anleihe und Budget.

Der „Kurjer Codzienny“ bringt über das neue Anleiheprojekt und das polnische Budget einen interessanten Artikel, den wir im Auszuge wiedergeben.

Die neue Anleihe wird zur Hälfte auf polnische Markt, zur anderen Hälfte auf polnische Note, bezogen. Schwere Frank lauten. Die Anleihe wird durch ausländische Deniken gebracht sein, und der ganze Goldschlag des Staates soll die Sicherheit der Anleihe geben. Als Parität wurden 1:1000 angenommen.

Die Anleihe bildet den ersten Schritt zur Gesundung unserer Währung, da sie uns ein Geldmittel, das nicht jeder Schwankung auf der Börse unterliegt, in die Hand gibt. Aber man darf sich nicht damit zufriedengeben. Diesem ersten Schritte müssen weitere folgen, wenn man die Gesundung unserer Wirtschaftslage herbeiführen will. Es ist bekannt, daß der Hauptgrund, daß unser Wirtschaftslieben fortwährend mit einem Mißverhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen und mit riesigen Defiziten zu kämpfen hat, der Umstand ist, daß die polnische Mark nicht nur variabel ist, sondern daß ihr Wert nicht feststeht. Deshalb wird jedes Subsidieren unwirksam, da die eingeleiteten Zinsen nach einem Monate schon nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen.

Der Zustand ließe sich in kurzen Worten dahin charakterisieren, daß unsere Ausgaben in Gold aus dem Ausland einkaufen. Ein Budget z. B. mit 200 Milliarden Ausgaben, das im Dezember des einen Jahres für das nächste Jahr präliminiert worden ist, überschreitet schon in der Hälfte des präliminierten Jahres 400 Milliarden, das Defizit wächst natürlich in demselben Verhältnis, und die Berechnung entspricht der realen Grundlagen. Während somit die Ausgaben sich der Steigerung des Goldwertes anpassen, geschieht dies nicht bei den Einnahmen, denn diese erreichen höchstens den präliminierten Betrag. Dieser Zustand ist ein nationalökonomisches Paradoxon. Wie weit uns dieses Paradoxon gebracht hat, wissen wir alle und heute nähern wir uns den Wiener Verhältnissen, von denen nur ein kleiner Schritt zu den Verhältnissen in Sowjetrußland führt.

Auf diesem Wege können wir nicht weiter. Schreiten wir nicht weiter, so müssen wir wenigstens im Staatsbudget aufhören, mit phantastischen Zahlen in polnischer Mark zu operieren. Deshalb sollte schon das Präliminar des Budgets für das nächste Jahr auf einer Berechnung der Einnahmen und Ausgaben in Gold bzw. in einer Währung, die dem Goldwerte am nächsten steht, wie Schweizer Frank oder Dollar erstellt werden. Dementsprechend müssen alle Einnahmequellen des polnischen Staates wie Steuern, Gebühren, Abgaben und dergleichen erhöht werden. Es ist bekannt, daß die Grundsteuer und überhaupt die Abgaben der Landwirte mindestens um das Hundertfache niedriger sind als vor dem Kriege. Dasselbe gilt von den Gewerbesteuern und Handelssteuern. Ein Fabrikant bezahlt Steuern von dem vorjährigen Umsatz, der Hunderte von Millionen beträgt in diesem Jahre aber beträgt er Milliarden. Und das nicht deshalb, weil das Unternehmen sich vergrößert hat, sondern aus dem Grunde, weil die polnische Mark an Wert verloren hat. Die Unfinanziertheit in finanzwirtschaftlicher Hinsicht müssen bei der Auflegung des Budgets für 1923 vermieden werden.

Der neue Finanzminister Jastrzebski hat bei Besprechung der neuen Anleihe erwähnt, daß er beabsichtigt, die Steuer auf das Zwanzigfache zu erhöhen. Mit Nachdruck müssen wir betonen, daß dies ein falscher Weg ist. Jede Versteigerung der Steuer führt auch die größte, wenn sie nur auf die zufällige Relation der polnischen Mark zum Goldwerte basiert ist, wird uns nicht zum Ziele führen. Die Steuerprojekte und alle Budgetprojekte müssen sich auf Berechnung in Gold gründen. Nur auf diese Weise wird der Staat sehen, wie er steht. Ebenso werden die alle Bürger erkennen, und das Vertrauen zur Staatswirtschaft wird wachsen. Dann wird auch die projektierte innere Goldanleihe von größerem Erfolg sein, denn die Allgemeinheit wird sehen können, wozu sie zahlt. Die Bürger des polnischen Staates sind durch die Verdrängung der Jahre schon soweit gereift, daß sie sich vor Abgaben für den Staat nicht fürchten und gegen berechnete Abgaben keinen Widerstand leisten. Aber eine gesunde, starke und vernünftige Regierung muß auch den Mut aufbringen, ebenso wie sie die Aufgaben in Gold macht, die Einnahmen auf Goldbasis zu berechnen. Wir haben uns davon Rechenschaft zu geben, daß wenn in dem nächsten kritischen Momente wir nicht alle mit vereinten gewaltigen Anstrengungen den Staat aus dem wirtschaftlichen Chaos ziehen, dieser und mit

demselben wir alle in den Abgrund des Vanerosses stürzen werden.

## Ein Gesetz zum Schutze der Republik

Ist dem Sejm zugegangen, wird aber nicht mehr vom jetzigen, sondern erst vom kommenden Sejm behandelt werden. Es soll Anschläge gegen die Unabhängigkeit des Staates, Benachteiligungen der Würde und Ehre der höchsten staatlichen Behörden und Verletzungen der verfassungsmäßigen Zustände als Republik zu gefährden, unter Strafe stellen. Durch das Gesetz soll der Zustand beseitigt werden, daß in den einzelnen Gebietsstellen Polens veraltete Verordnungen sehr verschieden benützt und bestraft werden und daß beispielsweise wohl die kommunistische Propaganda schon jetzt unter Strafe steht, aber nicht eine etwaige monarchistische.

Der Gesetzesentwurf sieht Gefängnisstrafen vor für Verbrechen, einzelne Gebiete Polens unter fremde Herrschaft zu bringen oder vom Gebiete der Republik abzutrennen, ferner für Verbrechen, die verfassungsmäßige Staatsform zu ändern, ferner für Gewalttaten oder auch Verleumdungen gegen

Staatsverfassung, Sejm, Senat, Nationalversammlung und den Staatspräsidenten. Endlich werden leichtere Geldstrafen oder Geldstrafen angedroht für Verbreitung wissentlicher falscher oder übertriebener Nachrichten über den Staat oder dessen Väterlichkeit, sofern dadurch Polens nachbarliche Beziehungen mit anderen Staaten gefährdet werden können. Im Falle eines Krieges oder drohender Kriegsgefahr oder, wenn in einem Teile der Republik der Ausnahmezustand verhängt ist, kann bei schwereren Verbrechen gegen das Gesetz auf Todesstrafe anerkannt werden.

Wenn das vom kommenden Sejm zu bestätigende Gesetz zum Schutze der Republik harte Strafen vorsieht bei Anschlägen gegen die Unabhängigkeit des Staates oder bei Verbrechen, die verfassungsmäßigen Zustand der Republik zu gefährden, so können wir dies als treue Bürger Polens nur begrüßen. Aber wir sind uns auch kein Augenblick im unklaren darüber, daß Klauseln wie „Benachteiligung der Würde und Ehre der höchsten staatlichen Behörden“, „Verleumdungen des Sejms und Senats“ usw. gegen nichts weiter als gegen die Freiheit der Presse und des Wortes gerichtet sind.

## Revolution in Griechenland.

Abdankung des Königs Konstantin und seiner Regierung.

London, 27. September. (Pat.) Laut Meldungen aus Athen sind in Griechenland ernste Unruhen revolutionären Charakters ausgebrochen. Zu besonders schweren Ausschreitungen ist es in Larissa gekommen.

Athen, 27. September. (Pat.) Einer Reutersmeldung zufolge hat König Konstantin abgedankt.

Eine weitere Meldung aus Athen besagt, daß das Kabinett seinen Rücktritt erklärt habe. Die Verhängung des Kriegszustandes über ganz Griechenland wird aller Voraussicht nach heute erfolgen.

## Auch der Sultan soll abdanken?

London, 27. September. (Pat.) „Daily Chronicle“ berichtet aus Konstantinopel, daß der Sultan wegen des Rücktritts seiner Minister sehr niedergedrückt sei. Es unterliege keinem Zweifel, daß er infolge seiner den Verbündeten geneigten Haltung gezwungen sein werde, abzutreten. Sollten die Anhänger der Angora-Regierung die Oberhand in Konstantinopel gewinnen, so dürfte Prinz Selim der Nachfolger des Sultans werden.

London, 27. September. (Pat.) Wie Reuters aus Konstantinopel meldet, hat der Großwesir die Regierung Kemal Paschas davon in Kenntnis gesetzt, daß die Konstantinopeler Regierung der Angoraregierung auf keinen Fall im Wege stehen wolle und bereit sei, zurückzutreten. Es wird angenommen, daß Kemal Pascha seinen Generalgouverneur nach Konstantinopel entsenden werde.

## Die Fragen des Nahen Ostens.

London, 27. September. (Pat.) Laut „Chicago Tribune“ lehnt Kemal Pascha den Vorschlag der Verbündeten ab, wonach Libanon bis zur endgültigen Entscheidung über seine Zugehörigkeit unter die Verwaltung Frankreichs oder des Völkerbundes gestellt werden soll. Kemal Pascha wird darauf bestehen, daß die Übernahme Libanons durch die türkischen Behörden sofort erfolge.

London, 27. September. (Pat.) Wie „Daily Mail“ aus Konstantinopel meldet, herrscht dort die Befürchtung, daß die Bolschewiken, die eine weitverzweigte Organisation in der Stadt besitzen, Unruhen anstellen werden, um einen Konflikt zwischen der Türkei und den Verbündeten herbeizuführen. Zu diesem Ende vertrieben sie Flugblätter in türkischer Sprache, in denen sie die Türken auffordern, alle Engländer und russischen Monarchisten in Konstantinopel zu ermorden.

## Die Reparationsfrage.

Genf, 27. September. (Pat.) In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Völkerbundes erklärte der englische Delegierte Fisher, daß die Teilnahme Deutschlands an den Reparationsverhandlungen notwendig sei. Der Redner ist der Ansicht, daß die Angelegenheit der Reparationsschulden zusammen mit der Angelegenheit der Schulden der Ver-

bündeten geprüft werden müsse. Falls es zu keiner Einigung zwischen den Alliierten und Deutschland kommen sollte, wird sich der Völkerbund mit dieser Frage befassen müssen. Der belgische Delegierte Hymans warnt vor einer zu raschen Aburteilung, da die Befestigten den Revanchegedanken noch nicht aufgegeben hätten. Der holländische Delegierte spricht über die Verhältnisse in den neutralen Ländern. Der persische Delegierte fordert die Zusammenberufung einer Konferenz, auf der das Finanzproblem gelöst werden soll und an der auch Amerika, Deutschland, Rußland und die Türkei teilnehmen müßten.

## Keine Straßenkämpfe in Sofia.

Sofia, 27. September. (Pat.) Von amtlicher Seite werden die durch die Wiener Presse verbreiteten Nachrichten, laut denen in Sofia Straßenkämpfe stattgefunden haben sollen, dementiert. In der Hauptstadt wie im ganzen Lande herrscht die größte Ruhe und Ordnung.

## Unerschütterlicher Anschlußwille.

Massenkundgebung in Wien.  
Wien, 26. September. Anlässlich der Wiederkehr des Jahrestages des Friedensabkommens von St. Germain veranstalteten die völkischen Vereine Wiens vor dem neuen Rathaus eine Massenkundgebung für die Selbstbestimmung des deutschösterreichischen Volkes und für den Anschluß an das deutsche Mutterland. Nach Gesangsvoorträgen des über 2000 Mitglieder zählenden niederösterreichischen Sängerbundes sprachen von mehreren Stellen aus Redner gegen die Grundlage des Friedensvertrages von Versailles. Es wurde für die Selbstbestimmung des deutschen Volkes eingetreten. Um die Mittagsstunde zog dann ein Zug von vielen Tausenden in die Ringstraße nach der Karlskirche, wo nach Gesangsvoorträgen und einer Schlußansprache die Feier mit der Abkündigung des Deutsch-Österreichs ihr Ende fand. Nach polizeilicher Schätzung nahmen an der Kundgebung, die einen neuerlichen Beweis für den unerschütterlichen Anschlußwillen der überwiegenden Mehrheit der deutschösterreichischen Bevölkerung erbrachte, ungefähr 150.000 Personen aller Schichten der Bevölkerung teil.

## Žita will in Ungarn leben.

Paris, 27. September. (Pat.) Wie die Havasagentur aus Madrid meldet, werden in den nächsten Tagen Schritte unternommen werden, um für die Exilantin Žita die Erlaubnis zum Aufenthalt in Ungarn zu erwirken. Falls die Bemühungen nicht zu dem erwünschten Ziele führen sollten, wird Žita zusammen mit ihren Kindern fortan in Sevilla wohnen.

## Japan will mit den Sowjets unterhandeln.

Moskau, 27. September. (Pat.) Aus Tschita wird gemeldet: Nach Meldungen des japanischen Blattes „Nihon Shimbun“ hat der japanische Delegierte seiner Regierung den Vorschlag gemacht, die ganz

Sowjetrußland repräsentierende Delegation anzuerkennen und mit ihr in Verhandlungen über die Frage zu treten. Wie „Nihon Shimbun“ schreibt, hat die japanische Regierung diesen Vorschlag angenommen.

## Sejm.

(Schluß des Sitzungsberichtes vom 26. September.)

Nach Erledigung verschiedener weiterer Punkte der Tagesordnung, darunter die Ratifizierung des deutsch-polnischen Vertrages bezüglich strittiger Verwaltungsfragen in Oberschlesien sowie die Annahme des Gesetzes über die Festsetzung der Stempelgebühren, wird zur Aussprache über die Selbstverwaltung der Wojewodschaften Lemberg, Stanislaw und Larnopol geschritten.

Es ergreifen hierzu der Berichterstatter Palanau sowie Abgeordneter Niedzialkowski das Wort, welche letzterer an eine Assimilierung der ruthenischen Bevölkerung nicht glaubt. „Wir können — so schließt der Redner seine Ausführungen — heute nicht mehr den Weg der Repressionen und der Entnationalisierung beschreiten, sondern müssen den Weg einer freien Entwicklung der nationalen Minderheiten vor.“

Nach kurzer Rede des Abg. Schominski ergreift der Ministerpräsident Dr. Nowak das Wort zu folgender Erklärung:

„Hohes Haus! Gemäß dem Willen des Sejms findet sich jetzt auf der Tagesordnung der Beratungen eine Vorlage, die die Grundlage der Selbstverwaltung der Wojewodschaften mit besonderer Berücksichtigung der drei Wojewodschaften des östlichen Kleinpolens umfaßt. In diesen allgemeinen Grundzügen ist die Selbstverwaltung so gedacht, daß dadurch der Aufbau des Staates durch nichts angefaßt, den administrativen Einheiten jedoch die Möglichkeit einer verschiedenen Anpassung an ihre besonderen Eigentümlichkeiten so wie gemäß dem speziellen Nationalitätsverhältnis gegeben wird. In dem südöstlichen Winkel des polnischen Staates sind wir Polen mit dem ruthenischen Volke ethnisch so vermischt, daß eine Nationalität von der anderen geographisch nicht getrennt werden kann. Infolgedessen ist die Ausfindigmachung solcher Distrikte, die diesen beiden Nationalitäten ein Zusammenleben ermöglichen würden, eine geschichtliche Notwendigkeit. Über 100 Jahre ertragen wir in der Rechtshaft solche Torturen, wie sie die Geschichte bisher kaum noch aufweisen wird. Selbst frei und stark geworden und im Besitz eines mächtigen Staates, sichern wir dem ruthenischen Volke eine freie nationale Entwicklung im Rahmen des polnischen Staates zu. Durch diese Tat bewelsen wir daß die Lösungen, die unsere Vorfahren in ihren ständigen Unabhängigkeitskämpfen auf ihre Fahnen schrieben „für heute und unsere Freiheit“ keine Phrasen, sondern ein Gesetz der geschichtlichen Gerechtigkeit waren. Der gegenwärtige Augenblick ist historisch und ein Moment von weittragender geschichtlicher Bedeutung im Leben unseres Vaterlandes, ein für die Zukunft schwerwiegender Moment, da wir hier einen der Grundsteine unserer Politik legen. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich hierin den Geist erblicke, der unsere Väter geleitet hat, als die Akte der Union die Grundlagen des polnischen Staates befestigte. Die Regierung erlucht im Bewußtsein der hohen Wichtigkeit des Augenblicks den hohen Sejm, die diesbezügliche Vorlage einstimmig anzunehmen.“

Abg. Jedrowski erstattete Bericht über die Gesetzesvorlage betreffend des Ausbaus der Städte, der in 2. und 3. Lesung angenommen wird. Nach einem Referat des Abg. Brun wird eine Gesetzesvorlage angenommen, die den Ministern für öffentliche Arbeiten zur Erlassung von Vorschriften in der Baufrage ermächtigt.

Nach dem Bericht des Abg. Kozłowski wird eine Vorlage über Erweiterung des staatlichen Eisenbahnnetzes im Wilnaer Gebiet vom Hause genehmigt.

Abg. Waszkiewicz referiert über einen Gesetzesentwurf, der die in der Industrie geltenden Sätze der Geldstrafen erhöht und zwar mit dem Multiplikator 100 für die Arbeiter und mit dem Multiplikator 1000 für die Industriellen.

Abg. Bojanowski stellt den Antrag, die Straffsätze für die Industriellen denen der Arbeiter gleichzustellen. Die Vorlage wird mit der Verbesserung Bojanowskis in 2. und 3. Lesung angenommen.

Nach dem Referat des Abg. Buzek wird die Vorlage über das Wahlrecht der polnischen Bürger im früheren österreichischen Gebiet in 2. Lesung angenommen.

Abg. Sokolnicki referiert über eine Vorlage, die die Angelegenheit der Qualifizierung der Berufsmittelschul- und Seminarlehrer regelt,



welcher Entwurf in 2. und 3. Lesung angenommen wird.

### Das Unglück Polens in Oberschlesien.

Die „Gazeta Warszawska“ schreibt, daß das Unglück Polens in Oberschlesien darin besteht, daß es die Kräfte derjenigen Leute, denen es die Verwaltung in Oberschlesien anvertraut hat, stark überfordert hat. Diese Leute haben in Oberschlesien erst gelernt, wie man ein Land mit komplizierter wirtschaftlicher Struktur zu verwalten hat. Die kolossalen Kohlenbestände sind eine Folge dieser Ueberschätzung. Leider nehmen diese Vorräte nicht ab, sondern steigen dauernd enorm und drohen mit einer vollkommenen Zerschlagung der gesamten Produktion. Schon heute spricht man offen davon, daß die Gruben am Sannaberd den Betrieb einstellen müßten, um die Produktion zu verringern und den Eisenbahnen den Abtransport zu ermöglichen. Es ist dies ein unangenehmes Mittel, doch würde seine Nichtanwendung unter den gegenwärtigen Bedingungen zu einer Einstellung der gesamten Förderung für längere Zeit führen. Der vorläufige Auffaß hat doch Polen genau bewiesen, daß es für die Abnahme der Massen überschüssiger Kohle nicht eingekauft ist und die Verpflegungfrage mit großer Anspannung bewältigen kann. Die Regierung rechnet heute nur die Früchte ihrer Passivität und Unfähigkeit, und es ist ökonomisch falsch, wenn sie sich heute hinter Kurgissen auf Konstanty zu verbergen sucht.

### Lokales.

Böhl, den 28. September 1922.

#### Die deutsche Vorwahlbewegung.

Am Sonntag, den 24. September, fand in Byrdow eine deutsche Vorwahlversammlung statt. Der geräumige Saal war gut besetzt. Aus dem umliegenden deutschen Dörfchen nahmen an der Versammlung zahlreiche Vertreter teil. Um 1 Uhr mittags eröffnete Herr Schmidtke, als Vorsitzender des örtlichen Wahlkomitees, die Versammlung und erteilte dem Mitglied des Bodner Zentralwahlkomitees, Herrn Neß, das Wort, der die Zuhörerschaft in die Ziele des Minderheitenblocks einweihte. Auf Wunsch einer Gruppe von Wählern faßte der Redner die wichtigsten Gedanken kurz in polnischer Sprache zusammen, um auch den von polnischer Seite erschienenen Besuchern gerecht zu werden. Hierauf wurde das Wort Herrn A. Breyer-Peters erteilt, der ebenfalls im Auftrage des Bodner Zentralwahlkomitees sprach. Redner betonte die Heimatberechtigung der Deutschen von Byrdow und Umgebung. Die Weißerhellen der Grenzgebiete der Byrdower Fabrik, die lokale Fürsorge und Beschulung der Arbeiterkinder — alles dies sind Dokumente deutscher Schöpfungsarbeit, deutscher Tatkraft. Eine Kulturoase wurde hier unter den schwersten Verhältnissen geschaffen. Deshalb müßten die Nachkommen auf die Taten ihrer Väter stolz sein. Leider ist infolge menschlicher Schwäche so mancher den Sitten und der Sprache der Väter untreu geworden, eigentlich sich und der Menschheit zum Schaden. Redner forderte die Versammelten zur Treue für ihr Volkstum an. Durch Kampf zum Sieg. Der Minderheitenblock ist darum als Notbehelf entstanden, der uns unsere kulturellen und politischen Güter zu verteidigen helfen soll. Mit einem Appell an die deutschen Frauen, am Wahltag ja ihre Bürgerpflicht zu tun und vollständig an der Wahlurne zu erscheinen, endigte Redner seine Ausführungen.

Es sei hier freudig hervorgehoben, daß die Deutschen von Byrdow recht großes Interesse für die Wahlen an den Tagen legen. Die Herren des Wahlkomitees treiben eifrig Propaganda. Im Sammeln von Spenden haben sie es weit gebracht: über 200 000 Mark wurden in kurzer Zeit

für Wahlzwecke gesammelt. In den deutschen Stellungen gründete man Nebenauslässe. Die Deutschen in Kawa und Umgebung haben sich ebenfalls ohne Zutun des Zentralkomitees organisiert. Durch besondere Anteilnahme zeigten sich die Herren E. Binder und F. Wölfe aus. In Grodzisk wurde ebenfalls ein Ausschuss gebildet. Herr A. Soppa ist Vorsitzender. Dieses alles ein wahrnehmbare Interesse für den Minderheitenblock mag uns als ein gutes Zeichen dienen. Auf diese Weise nur können wir zum Siege gelangen.

Das Generalsekretariat des Deutschen Zentralwahlkomitees schreibt uns:

Die Reichslandtagsliste des Minderheitenblocks ist dem Generalwahlkomitee bereits eingereicht worden. Sie trägt den Namen „Lista Bloku Mniejszości Narodowych Rzeczypospolitej Polskiej“ und enthält folgende Namen: 1. Grünbaum Josef, Sekretär, Warschau, 2. Klinka Josef, Pfarrer, Posen, 3. Wagnacz Antoni, Agronom, Chelm, 4. Tarasiewicz Bronislaw, Lehrer, Wilna, 5. Kresbaum Elias, Stabsarzt in Warschau, 6. Berke Emil, Ingenieur, Lodz, 7. Karbelski Szymon, Sejmabgeordneter, Warschau, 8. Seidenstuck, Beamter, Warschau, 9. Wolcuf Jakob, Rechtsanwalt, Chelm, 10. Chon Djasz Abraham, Abgeordneter, Krasnau, 11. Moriz Berthold, Landwirt, Bismarck, 12. Szewczyk Kaban, Techniker, Wilna, 13. Dr. Weinzierl Salomon, Abgeordneter, Bendzin, 14. Pantraz Artur, Rechtsanwalt, Warschau, 15. Kuchanowicz Michal, Lehrer, Wilna, 16. Trojinski Wajsl, Lehrer, Boczajow, 17. Wisliski Wladyslaw, Handelsrichter, Warschau, 18. Dr. von Koerber Norbert, Jurist, Nowe-Jankowice, 19. Kijewski Antoni, Jurist, Grodno, 20. Chrusci Sergiusz, Professor, Antonowka, 21. Kozminski Stanislaw, Drucker, Warschau, 22. Giedel Heinz, Rechtsanwalt, Lodz, 23. Dr. Schipper Ignacy, Abgeordneter, Warschau, 24. Dworak Antoni, Ingenieur, Olsztyn, 25. Bialostocki Jan, Lehrer, Sm. Wajsczak, 26. Dr. Beckelhamer Wilhelm, Rechtsanwalt, Tarnobrzeg, 27. Baranow Sergiusz, Lehrer, Grodno, 28. Ellenberg Mendel, Stabsarzt, Warschau, 29. Kaskube Emil, Landwirt, Krasnopol, 30. Gajda Andrzej, Landwirt, Krasnopol, 31. Drucki Bohdan Bronislaw, Rechtsanwalt, Krasnopol, 32. Kusek Melech Nijon, Konvik, Warschau, 33. Kudek Albrecht, Kaufmann, Gdansk, 34. Salamat Nikola, Lehrer, Matow, 35. Kallnowski Wladyslaw, Jurist, Bialystok, 36. Gierman Jozef, Konvik, Warschau, 37. Guttler Gustav, Konvik, Lodz, 38. Jaldenman Salomon Marcin, Ingenieur, Warschau, 39. Duba Jozef, Lehrer, Tarnobrzeg, 40. Spletz Johann, Abgeordneter, Bialystok. (Die deutschen Kandidaten sind geprüft.)

Zum Reichslandtagswahlkomitee wurde der Sejmabgeordnete Magmillian Apolinariusz Hartglas, zu seinem Vertreter der Sejmabgeordnete Jozef Jial Grünbaum ernannt.

Auf der Reichsliste für den Senat stehen Erwin von Passbach, Serebrennikow — Russe, Wendenbohn — Jude (Lodz), Karpinski — Ukrainer, Dr. Marus Brahe — Jude, Sessa Komalki — Jude, Alexis Dreming (Lodz).

In Bialystok ist die Zahl der Mitglieder des Deutschen Zentralwahlkomitees für den Wahlkreis 5 entstanden. Als Mitglieder des Wahlkomitees sind die Herren Adolf Schmidt, Otto Sanger, Oskar Schütz und Oswald Koch tätig, denen sich in der Folge noch die Vorsitzenden der Ortskomitees anschließen werden. Die Verbindung mit dem künftigen Wahlkomitee ist hergestellt; die erste gemeinschaftliche Sitzung fand am 26. d. M. statt. Ein russisches Wahlkomitee existiert in Bialystok nicht, dagegen sind solche in Grodno und Wolkowysk gebildet, die in Bialystok agitierten. Die erste deutsche Hauptversammlung

in Bialystok findet am Sonntag, den 1. Oktober, statt. In dieser Versammlung werden sich auch Bewohner der umliegenden Ortschaften einfinden. Angeführt werden hat das Bialystoker Komitee dem Zentralwahlkomitee den Wunsch übermittelt, die Herren Abg. Spidemann und August Ulla möglichen an dieser Versammlung teilnehmen.

Das Wahlkomitee in Konstantynow hat am 24. d. M. Wahlversammlungen in Neu- und Alt-Sanktaw abgehalten, an denen sich die Herren Stamm, Sellert und Schöndel beteiligten.

Am Sonntag, den 30. d. M., um 7 Uhr abends, findet im Turnsaal zu Konstantynow eine gemischte Wahlversammlung statt. In Auftrage des Zentralwahlkomitees werden die Herren Chefsekretär Alexis Dreming und Stabsarzt Dr. August Ulla an dieser Versammlung teilnehmen.

Das Wahlkomitee in Wloclawek entfaltet eine sehr tätige Tätigkeit. Besondere Liebe zur Sache zeigt Herr Jakob Kaban, ein fähiger Redner und Organisator. Er erregt sich großer Beliebtheit in dem gesamten Wahlkreis und wird von vielen Seiten als Spitzenkandidat verlangt. Herr Kaban hat bis jetzt Wahlversammlungen in Wloclawek, Niesawa und Krasnawaga, sowie in mehreren kleineren Ortschaften abgehalten. In dieser Woche haben Versammlungen in Bodzie, Lipno und Dombie-Wielkie statt.

Die Verbindung mit dem jüdischen Komitee ist bereits hergestellt. Die Prüfung der Wählerlisten ist vom Komitee in Angriff genommen worden und geht gut von statten. Nach diesen Listen hat die Stadt Wloclawek allein an 20 000 Minderheitswähler.

In Neu-Siedlce ist am 24. d. M. ein deutsches Wahlkomitee ins Leben gerufen worden. Das Komitee besteht aus den Herren Johann Lober, Gustav Piper und Robert Dreger.

Formulare zur Einreichung schriftlicher Relationen aus Anlaß der Minderheitenfrage in die Wählerlisten können im Generalsekretariat des Zentralwahlkomitees (Kosmodowska 17) täglich abgeholt werden. Auch werden dort Spenden für den Wahlfonds entgegengenommen und jegliche Auskünfte erteilt.

Eine zweite vom Generalsekretariat versandte Instruktion für die deutschen Bezirkswahlkomitees des Minderheitenblocks lautet u. a.:

Die Aufstellung und Einreichung der Kandidatenlisten geschieht durch die Bezirkswahlkomitees des Minderheitenblocks, die aus den deutschen und jüdischen Bezirkswahlkomitees hervorgegangen sind. Die Kandidatenliste wird der Bezirkswahlkommission (Okregowa Komisja Wyborcza) eingereicht. Die Frist zur Einreichung der Kandidatenlisten in den einzelnen Wahlkreisen läuft am 8. Oktober d. J. ab.

Die Anzahl der Kandidaten auf der Bezirksliste muß doppelt so hoch sein, wie die Zahl der in der Wahlordnung für den betreffenden Wahlkreis festgesetzten Mandate, wobei die festgesetzte (von uns bereits veröffentlichte) Reihenfolge eingehalten werden muß.

Zur Einreichung der Kandidatenliste kann beliebiges Formular benutzt werden; es müssen jedoch alle Rubriken genau und deutlich ausgefüllt werden. Die Kandidatenliste wird von Deutschen, Juden und eventuell Russen gemeinsam unterzeichnet. Vom Geleitz ist die Zahl von 50 Unterschriften auszureichen, es ist jedoch besser, wenn mehr Unterschriften geliefert werden. Es dürfen nur solche Personen unterschreiben, die das Wahlrecht besitzen.

Die Einverständniserklärungen der Kandidaten (siehe Beilage zum Merkblatt) werden am besten

gleichzeitig mit der Kandidatenliste überreicht. Sollte dies nicht möglich sein, so muß es bis zum 14. Oktober getan werden.

Gleichzeitig mit der Einreichung der Kandidatenliste muß laut beiliegendem Formular ein Bevollmächtigter der Liste ernannt werden, der berechtigt ist, sich mit den Wahlbehörden zu verständigen und Erklärungen im Namen der unterzeichneten Wähler abzugeben. Außer dem Bevollmächtigten muß gleichzeitig dessen Stellvertreter ernannt werden.

Der Bevollmächtigte der Bezirkskandidatenliste muß zu Händen des Vorsitzenden der Bezirkswahlkommission eine schriftliche Erklärung einreichen, in der er den Anschluß der Bezirksliste an die Staatsliste des Minderheitenblocks erklärt. In diesem Zweck ist der polnische Teil des beiliegenden Formulars zu benutzen. (Der deutsche Text ist nur zur Orientierung angegeben). Die Frist zur Aufstellung der Liste an die Staatsliste läuft am 14. Oktober ab.

Der Vorsitzende der Bezirkswahlkommission (Okregowa Komisja Wyborcza) ist verpflichtet, den Empfang der Kandidatenliste sowie der Einverständniserklärungen der Kandidaten und der Aufstellung der Liste des Bevollmächtigten schriftlich zu bestätigen.

Die vom Bezirkswahlkomitee aufgestellten deutschen Kandidaten müssen sofort mit allen Personalangaben dem Zentralwahlkomitee in Bodzischitz bekannt gegeben werden. Die aufgestellten Kandidaten sowie die hinter ihnen stehenden Kreise sind verpflichtet, die Wahlpropaganda und Spenden-sammlung schnell und intensiv zu organisieren und tragen die volle Verantwortung für ein eventuelles Mißlingen der Wahlaktion.

Die städtische Gemeindeverwaltung von Siedlce, die jüdischen Stadtverordneten sowie die dortigen Organisationen der Zionisten, Misrachisten, Orthodoxen, der Verband der Groß- und Kleinrenten, sowie der Verband der Handwerker protestierten gegen den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, wonach in die Kommission der 11 Stimmbezirke kein einziger Jude berufen wurde. Dabei zählt Siedlce unter seinen Einwohnern gegen 50 Prozent Juden. Der Protest wurde an die Stadtverordnetenversammlung, den Vorsitzenden der Bezirkskommission sowie an den Starosten gefandt. In dem Protest wird darauf hingewiesen, daß diese Ungerechtigkeit in ganz Polen einzig dastünde.

Wegen Nichtausübung ihrer Tätigkeit in den Wahlbezirkskommissionen wurden folgende Personen mit je 20 000 Mark Geldstrafe belegt: Bron Gandleber (Polndziowa 9), Ludwig Kankowski (Kajmierz 23), Josef Kaban, Stanislaw Kalkowski, Gieslaw Jendzejewski, Jozefa Skalska (Krasnawaga 145) und Hieronimus Schöndwald, Konstantynowka 26, zum zweitenmal. (bip.)

Wegen Abreißen von Wahlplakaten wurde Wladyslaw Gienich, Bismarckstraße 6, und Alexander Krupial, Sienkiewicjstraße 37, zur Verantwortung gezogen. (bip.)

Unter der Überschrift „Der Staatsbürgerinn der Deutschen“ veröffentlicht der „Kurjer Poganiski“ einen ihm zugegangenen Brief, in dem der Briefsteller gerügt wird, mit dem die Deutschen ihrer Staatsbürgerpflicht in der Zeit vor den Wahlen nachkommen. Dort ist zu lesen: „Am letzten Sonntag überginge ich mich, daß ich selbst zwar in die Liste richtig eingetragen war, daß aber der Name meiner Frau entfallen war und meine erwachsene Tochter in der Liste ganz fehlte. Aber nicht nur davon wollte ich schreiben. Am meisten überraschte mich, daß außer mir in dem Saal (im Neuen Rathaus) nur zwei Polen, dagegen vier Deutsche und ein Jude waren! So bereitet sich der Block der Minderheiten für die Wahlen vor, so stark ist der Staatsbürgerinn der Deutschen! Wir müssen uns bei ihnen ein Beispiel nehmen! Von

vor Erreichung seines Zieles ermordet wurde, woraus sich der Schluß ergab, daß sein Mörder wohl jener Feind Dremwends war, der sich so des gefährlichen Mißwunders entledigte.

Wer aber war dieser Feind? Was plante er? Und welche Rolle spielte Fräulein Schmidt in dem ganzen Drama?

Melanie nahm endlich wieder das Wort. „Auf eines möchte ich Sie noch besonders aufmerksam machen, Herr Doktor. Man hat uns gestern die Sachen vorgelegt, die man in des armen Adolfs Taschen fand, damit wir feststellen sollten, ob sie sämtlich sein Eigentum seien. Jenes Taschentuch, von dem ich vorher sprach, in dem sich Adolfs Beweise befanden, war aber nicht darunter. Spricht dies nicht auch dafür, daß der Mann, den er verfolgte, sein Mörder ist? Wer anders könnte ein Interesse daran gehabt haben, gerade dieses Taschentuch verschwinden zu lassen?“

Holly blickte verwirrt auf. Dann fragte er lebhaft: „Sinnern Sie sich vielleicht zufällig, wie jenes Taschentuch aussah, gnädiges Fräulein?“ „Gewiß, ich kenne es sehr genau. Es stammt noch von unserem Vater, der darin sein erspartes Geld aufbewahrte. Adolf trug es aus Pietät stets bei sich und pflegte früher Notizen zu seinen Arbeiten, die er oft nur mit Bleistift flüchtig hinwarf; darin zu sammeln. Es war aus dunkelgrünem Marokkoleder und ziemlich abgenutzt.“ „Ist es dieses?“ Holly zog das von Adams gefundene Lederstück heraus und legte es vor Melanie hin. Fortsetzung folgt.

Wo dir Gottes Sonne zuersicht, wo dir die Sterne des Himmels zuersicht, wo seine Blitze dir zuersicht seine Macht offenbaren und seine Stürme dir zuersicht seine heiligen Schrecken durch die Seele brausen, da ist deine Liebe, da ist dein Vaterland. Wo das erste Menschenauge sich liebend über deine Wiege neigte, wo deine Mutter dich zuerst mit Freuden auf dem Schoße trug und dein Vater die Lehren der Weisheit ins Herz goss, da ist deine Liebe, da ist dein Vaterland. Und seien es foble Felsen und tiefe Brunnen, und mochte Armut und Mühe dort mit dir, du mußt das Land ewig lieb haben; denn du bist ein Mensch und sollst es nicht vergessen, sondern behalten in deinem Herzen.

Ernst Moritz Arndt

### Um das Erbe der Dremwends.

Roman aus der Gegenwart von F. Arnefeld.

(18. Fortsetzung.)

Adolf war den ganzen Tag über unruhig und in sich gekehrt gewesen, wie so oft in den letzten Wochen. Ich ging ihm daher, als er gleich nach dem Abendessen auf die Terrasse hinausging nach und fragte ihn, was er habe? Da antwortete er zuerst: „Laß das, Mela! Frage ja vor den anderen nichts dergleichen. Noch kann ich dir nichts Bestimmtes sagen, und du könntest durch eine ganz harmlose Bemerkung unabsehbare Unglück heraufbeschwören.“

Natürlich wollte ich mich damit nicht zufriedengeben und drang weiter in ihn. „Welches Unglück, Adolf?“ fragte ich. „hängt es mit deinem veränderten Wesen zusammen? Was für-

test du eigentlich, und warum willst du nicht offen mit mir darüber sprechen?“

Er sah lange schweigend vor sich hin. Endlich sagte er beklommen: „Weiß ich noch nicht alle Beweise beisammen habe. Aber nachhins hoffe ich, Gewißheit zu erlangen, ob meine Vermutungen stimmen und dann...“

Wieder schweig er. Ich aber packte plötzlich eine festsame Angst.

„Betriffst es dich? O, sage mir wenigstens das, Adolf!“ bat ich. Da strich er beruhigend über mein Haar. „Nein, Liebling, es betrifft Onkel David, gegen den man etwas Schändliches vorhat. Und da ich unabsehlich Schuld daran trage, daß es versucht wird, muß ich alles tun, um die Ausführung unmöglich zu machen.“

Ich war natürlich sehr erschrocken.

„So hängt es damit zusammen, daß du deine Studien unterbrachst und so viel von Haus fortwarst in der letzten Zeit?“ forschte ich.

Er nickte. „Ja, Melanie.“

„Hat denn Onkel David einen Feind?“

„Ich fürchte es. Nur ein erbitterter Feind kann dem alten Mann einen so tiefen Schmerz antun wollen.“

„Und wirst du es verhindern können?“

„Ich hoffe es, und zwar, ohne daß er überhaupt etwas davon erfährt, hier —“ er öffnete den Rock und wies auf eine Brieftasche, die er in der inneren Tasche trug, „habe ich die Beweise. Nur der letzte fehlt mir. Wenn ich den habe, dann ist alles gut, und ich kann jenen Elenden zwingen, von der Bildfläche zu ver-

schwinden, ohne daß er sein Werk zu Ende führt. Aber nun ist's genug mit dem Fragen, Mela! Später einmal werde ich dir im Vertrauen wohl alles mitteilen. Für jetzt versich mir nur, daß du zu keiner Menschenseele ein Wort von dem verlauten läßt, was wir soeben sprachen. Zu niemandem, verstehst du wohl, er mag dir noch so nahestehen!“

„Dies versprichst du mir natürlich. Aber jetzt, wo er tot ist, und ich nicht weiß, ob er sein Werk zu Ende führen konnte oder vorher daran zugrunde ging, quält mich namenlose Unruhe. Soll ich Onkel David warnen oder nicht? Aber ich weiß ja nicht einmal, wovon? Und auch das quält mich: Die Angst, daß Adolfs Tod vielleicht nur eine Folge seiner heimlichen Schritte ist, jenen Elenden unerschütterlich zu machen. Vielleicht ist der, vor dessen Umtrieben er Onkel David retten wollte, sein Mörder geworden!“

Sie schwieg. Auch Holly, der ihren Worten mit gespannter Aufmerksamkeit gefolgt war, blickte stumm vor sich hin.

Wie fassam war diese Mitteilung, die so schwer ins Gewicht fiel, wenn man Adolfs Lauterkeits Tod danebenhielt; und doch so gar kein Fingerzeig über das Motiv des Verbrechens und die Person des Mörders!

Als Tatsachen schienen aus Melaniens Bericht sich allerdings zu ergeben: 1. Daß Baron Dremwend ein Feind besaß, der ihn schweren Schaden zufügen wollte. 2. Daß Adolf Lauterbeck auf irgend eine Weise Kenntnis davon bekam und es zu verhindern strebte. 3. Daß er knapp



Verantwortlich für Politik: Hugo Wiczorek; für Schulen und den übrigen unpolitischen textlichen Teil: Adolf Kargel; für Anzeigen: Susan Ewald; Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“ m. b. H., Leiter Dr. Eduard v. Behrens.



